

Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten - Leninisten)

Wer die Macht hat, macht die Wahlen! Für die arbeitende Bevölkerung gibt es in Osterreich nichts zu reden und nichts zu wählen. – Daher aktiver

Wahlboykott

Gegen die Kapitalsdiktatur! Für die Arbeitermacht!

Arbeiter, stärkt unsere Organisation! Lest unsere Zeitungen!

Unsere Kontaktadressen:

In Wien: 1080 Wien, Schönborngasse 6, Telefon 43 66 863;
Postadresse: 1205 Wien, Postfach 3.

In Kärnten: 9020 Klagenfurt, Kleinhausgasse 6.

In Vorarlberg: 6923 Lauterach, Postfach 66.

FÜR DIE VOLKSMACHT, das Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML), erscheint monatlich. Einzelpreis S 3,–, Jahresabonnement S 30,–.

„Für die Volksmacht", Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien, Erscheinungsort Wien.



Früher: „Der Kommunist"

VRA* Für die VOLKSMACHT

Nummer: 55
September 1971

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,—
Jahresabonnement S 30,—

Wer die Macht hat, macht die Wahlen! Für die arbeitende Bevölkerung gibt es in Österreich nichts zu reden und nichts zu wählen. — Daher aktiver

Wahlboykott

Warum fordert die Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs zum aktiven Wahlboykott auf? Weil die arbeitenden Menschen dadurch zum Ausdruck bringen können, daß sie sich nicht länger von einer Handvoll kapitalistischer Schmarotzer betrügen lassen wollen, weil das der erste Schritt ist, die Bereitschaft zum Widerstand gegen Willkür und Ausbeutung zu dokumentieren, weil ein bewußter Wahlboykott die Möglichkeiten des organisierten Kampfes der Arbeiterklasse für ihre Interessen ungemein fördern wird.

Österreich ist ein Klassenstaat. Die Macht haben die Kapitalisten. Die Arbeiter haben nichts zu reden. Diese Tatsache soll hinter demagogischen Schlagworten versteckt werden.

Es gibt ja bekanntlich zwei Arten, wie die herrschende Kapitalistenklasse die Macht ausüben kann. Die erste und letzte Art ist der Betrug. Die zweite ist dann die Gewaltanwendung gegen die Arbeiterklasse, die die Bourgeoisie aber so lange als möglich hinauszögern will, weil Gewaltanwendung den Widerstand des Volkes rasch weckt und weil die herrschende Klasse weiß, daß sie gegen die Kraft des arbeitenden Volkes auf die Dauer nicht bestehen kann, weil das in der gegenwärtigen Epoche der Anfang von ihrem Untergang wäre.

Der politische Betrug als Unterdrückungs- und Machtmittel ist von den Kapitalisten in Österreich auf eine so erfolgreiche Höhe gebracht worden, daß er von den Monopolisten in der ganzen Welt als beispielgebend und nachahmenswert gepriesen wird.

Wie schaut dieser Betrug aus? Es wird uns eingeredet, wir lebten in einer "Demokratie" und mit unserer Stimme könnten wir bei Wahlen entscheiden, was wir wollen oder nicht. Zur "Auswahl" hat die herrschende Klasse einige Parteien parat. Die SPÖ, die ÖVP, die FPÖ und die KPÖ. Sozusagen zum "Darüberstreuen", um die rebellierende Jugend vom richtigen Weg abzuhalten, wird im Wahlkreis Wien auch noch eine Wahlliste "offensiv links" aufgeboten.

Mehr als 25 Jahre Praxis in der zweiten Republik haben aber bewiesen, daß es völlig egal ist, wem man wählt und welche Regierungsform wir haben. Es hat sich nur eines gezeigt: Die Reichen werden immer reicher. Und sie konnten das nur auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung werden.

Der "Parlamentarismus" - mit diesem Schlagwort versucht die Bourgeoisie ihre Herrschaftsform zu kaschieren - ist in Wirklichkeit nichts anderes als die Diktatur der Geldsäcke. Da strei-

ten sich im Parlament die Redner der diversen Parteien herum, tatsächlich wird über das was zu geschehen hat, im stillen Kämmerlein entschieden. Nicht im Parlament wird Politik gemacht, sondern in den Sitzungszimmern des Industriellenverbands am Schwarzenbergplatz. Dort sitzen die Regisseure des parlamentarischen Betrugstheaters, die ihre Figuren wie sie es brauchen hin- und herschieben. Denn das ist die andere Seite des Betrugs: Alle Parteien, die dem arbeitenden Volk als "Interessenvertretung" offeriert werden, sind Werkzeuge der Großindustriellen. Abgesehen davon, daß sich die verschiedenen "Politiker" um die einträglichen Posten streiten und nebenbei auch noch die Interessen der verschiedenen Kapitalistengruppen zu vertreten haben, gibt es absolute Einigkeit: Am bestehenden System darf nicht gerüttelt werden.

Brauchen wir arbeitenden Menschen noch mehr Beweise? Jahrzehntelang wurde der Kampfwille der Arbeiter für ihre Interessen unterdrückt mit der Parole "Wahltag ist Zahltag". Gemeint war, wenn einmal die SPÖ als "Arbeiterpartei" die Regierung stellen würde, dann würde sich das Blatt wenden. Das haben wir jetzt erlebt, mit dem Ergebnis, daß sich die Situation für die Arbeiter weiter verschlechtert hat. Der ganze Sinn der "Minderheitsregierung Kreiskys" war ja, daß mit ihr die Arbeiter noch mehr ausgebeutet und noch besser niedergehalten werden konnten. Und weil die weltweite Krise, die den Kapitalismus erfaßt hat, noch weit grössere Belastungen für die Arbeiter bringen wird - die Profite sollen ja absolut gesichert werden - sollen die Arbeiter mit ihrer Stimmenabgabe bei den vorzeitigen Neuwahlen faktisch die Zustimmung zu den geplanten volksfeindlichen Maßnahmen geben. Wobei es völlig egal ist, wer gewählt wird, denn von jeder Seite, einschließlich Kreiskys, wurde erklärt, daß jede Partei und jede Regierung - in welcher Form immer - die gleiche Politik durchführen wird. Was dabei die Arbeiter zu tun haben ist, "Maßhalten im Interesse der Wirtschaft", wie es Gewerkschaftspräsident Benya bei jeder Gelegenheit verkündet.

Unsere Parole "Boykottiert die Schwindelwahlen" soll auch klarstellen, daß es keinen Sinn hat, "Opposition" zu wählen. Denn die Opposition gehört ja zum Betrugstheater, das uns von der einzigen Möglichkeit, für unsere Interessen einzutreten - dem Kampf in den Betrieben - abhalten soll. Über die FPÖ wissen die arbeitenden Menschen Bescheid. Als "Reserve" der in- und ausländischen Monopolisten ist sie erkannt. Weil aber der parlamentarische Betrug zur Niederhaltung der Arbeiter angewendet wird, braucht die Bourgeoisie jetzt, da die arbeiterverräterische Rolle der SPÖ-Führung immer mehr erkannt wird, ein Auffangbecken für die unzufriedenen Lohnempfänger. Und zu diesem Zweck nützt sie die Wandlung aus, die die "K"PÖ vollzogen hat. Die "K"PÖ-Führung betreibt heute die gleiche arbeiterverräterische Politik, wie dies jahrzehntelang die SPÖ-Führung getan hat. Das will die Bourgeoisie ausnützen. Kann es denn eine "glaubwürdigere Opposition" geben als diese Partei, die man immer bekämpft hat? Und während hintenherum von Kreisky über Schleinzer bis Benya geschickt Propaganda für "K"PÖ-Mandate gemacht wird, zeigt sich die "K"PÖ-Führung dafür erkenntlich, indem sie lautstark für den Parlamentarismus eintritt. Für die Arbeiter würden schon "ein oder zwei "K"PÖ-Abgeordnete Wunder wirken".

Das ist das alte Spiel. Wählen und dann vier Jahre lang - oder jetzt gezwungenermaßen in verkürzten Perioden - das Maul halten und sich alles gefallen lassen.

Das ist der Betrug! Denn die arbeitenden Menschen in Österreich können ihre Interessen nur vertreten, wenn sie im direkten Kampf dafür eintreten und das muß in den Betrieben geschehen. Von diesem Kampf wollen uns die Politiker aller Parteien einschließlich der "K"PÖ abhalten, mögen da in betrügerischer Absicht die Phrasen noch so schön klingen. "Stimmen" wir bei der Nationalratswahl am 10. Oktober einmal in unserem Interesse ab, indem wir entweder gar nicht oder, dort wo Wahlpflicht ist, ungültig wählen. Denn: Das arbeitende Volk hat in Österreich nichts zu reden und niemanden zu wählen. Daher boykottiert die Schwindelwahlen.

Die Grenzen der "Demokratie"

"Wir leben in einem Geldwirtschaftssystem. Ein besseres kenne ich nicht." Also sprach der Richter, indem er im Prozeß der BAWAG gegen das Zentralorgan der VRA seinen Schuldspruch begründete. Karl Marx hat uns gelehrt, daß die Justiz zum Überbau der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gehört, die deren Basis, d.h. der ökonomischen Ausbeutung des Proletariats durch die Bourgeoisie, dient. Wir erwarteten daher selbstverständlich ein Klassenurteil zugunsten einer der Säulen des heutigen Kapitalismus in Österreich. Doch überraschte es uns, mit welchem ungeniertem Freimut der Richter sich zum kapitalistischem Gesellschaftssystem bekannte, in dessen Namen und Interesse er - objektiv - "Recht zu sprechen" hat.

Wir wurden angeklagt, weil wir kritisch aufgezeigt haben, daß die "Bank für Arbeit und Wirtschaft AG" ehrenamtliche Betriebsräte mit Hilfe von finanziellen "Entschädigungen" (wie dies in dem "streng vertraulichen" Rundschreiben vom August 1968 genannt wird) veranlaßt, die Arbeiter, von denen sie zur Wahrnehmung der Arbeiterinteressen gewählt worden waren, zur Aufnahme von unserer Meinung nach horrend teuren Bankkrediten zu bewegen. Wir wurden verurteilt, nicht etwa, weil unsere Tatsachenfeststellungen unwahr gewesen wären, sondern weil es eben in diesem "Geldwirtschaftssystem" den Ausgebeuteten nicht gestattet ist, die Dinge beim Namen zu nennen, wie es sie Karl Marx gelehrt hat (siehe unseren Artikel "Klassische Klassenjustiz"). Und zwar auf Betreiben jener, die sich einst selber zu Marx bekannt hatten!

Was haben wir festgestellt? Erstens, daß die BAWAG 12,5 Prozent Jahreszinsen für solche Kredite ("BZK" heißen sie abgekürzt) nimmt. Bei einem 12-Monate-Kredit beträgt der Prozentsatz starr vom Anfangsbetrag gerechnet 4,8 Prozent (0,4 % pro Monat) plus 2 Prozent "Bearbeitungsgebühr" = 13,6 Prozent, da der Kredit in 12 gleichen Monatsraten zurückgezahlt wird, die durchschnittliche Schuldsumme auf laufender Rechnung daher nur die Hälfte des aufgenommenen Kreditbetrags ausmacht! Wir berücksichtigten freilich, daß "bei pünktlicher Rückzahlung" die Hälfte der Bearbeitungsgebühr "rückvergütet" werden kann, und nannten daher als Beispiel 12,5 Prozent. Nichts ändert sich an dem Wahrheitsgehalt unserer Feststellung dadurch, daß Privatanklägervertreter und Richter einen Großteil der Prozeßdauer verwendeten, um "nachzuweisen", daß bei einem 50-Monate-Kredit der Zinssatz "nur etwa zehn Prozent" betrage, weil sich dann die einmalige Bearbeitungsgebühr auf einen längeren Zeitraum verteile. Und zehn Prozent seien eben kein Wucher...

Wir haben zweitens festgestellt, daß ehrenamtlich gewählte Betriebsräte von der BAWAG Geldzuwendungen erhalten, um für sie unter der Belegschaft Kreditnehmer zu werben. Unsere Tatsachenfeststellung, daß der Betriebsratsobmann (oder sein Stellvertreter) für jedes genehmigte Kreditansuchen einen "Kostenersatz" von S 30.-- sowie nach termingerechter Rückzahlung "zuzüglich eine Vergütung von 1/4 Prozent der Kreditsumme" erhält (wörtlich nach dem von Prof. Klenner und Vorstandsdirektor Flöttl unterzeichneten Rundschreiben an die Betriebsräte vom August 1968), konnte gleichfalls vor Gericht nicht bestritten werden. Geht man von der Mitteilung Klenners und Flöttls aus, daß bis 25. November 1970 in rund 1700 Betrieben 30.877 Kredite von zusammen 836 Mill. Schilling zugeteilt wurden, von denen noch etwa 500 Millionen "aushafteten" ("Die Presse", 18. Dezember 1970), dann kommt man zu folgender Rechnung (wohlgemerkt, wenn der Arbeiter nicht übers Ohr gehaut werden will, muß er den Rechenstift zur Hand nehmen!): Jeder der 1.700 Betriebsräte erhielt durchschnittlich ca. S 540.-- "Kostenersatz" (18 Kreditnehmer á S 30.--) sowie zuzüglich ca. S 500.-- "Vergütung", als seinen Anteil an dem Viertelprozent der bereits zurückgezahlten Kreditsumme (836 - 500= 336 Mill. S.). Eine solche "Entschädigung" von mehr als tausend Schilling in zwei Jahren ist aber - Gott bewahre! - keine Bestechung...

Wir wollen uns aber über den Richter keineswegs beklagen, obwohl - wir sagen das ohne falsche Scham - die Tausende Schilling Geldstrafe und Prozeßkosten eine bedrohliche Schädigung unserer Presse bedeuten, die sich, wie jedermann weiß, einzig und allein durch die Abonnementsgebühren und Spenden

ihrer Arbeiterleser erhält. Wenn er machte in seiner Urteilsbegründung zwei überaus wertvolle Eingeständnisse:

1. Gerichtsnotorisch wurde festgestellt, daß die BAWAG nicht anders operiert als jedes andere Geldinstitut; daß ihre Profite "zwar nicht die niedrigsten, aber auch nicht die höchsten" seien, sondern eben durchschnittliche Profite österreichischer Banken; daß sie ferner durch die "Mithilfe des Betriebsrates" (Benya in seinem Rundschreiben zur Unterstützung der BZK) keinen anderen Zweck verfolgt und erreicht als die anderen Banken durch diverse Kreditvermittler. Somit wird bestätigt, was wir mit der Sonderausgabe "Am Beispiel der BAWAG" zu beweisen hatten: daß nämlich sich die Bonzen in Bankiers, die Arbeiterbürokraten in bürokratische Kapitalisten verwandelt haben, daß die Hauptträger der SPÖ-Politik an der kapitalistischen Ausbeutung interessiert sind (ebenso wie die bürokratischen Kapitalisten in den revisionistisch beherrschten Ländern und ihre Agenten in Österreich).

2. Gerichtsnotorisch wurde festgestellt, daß die "Demokratie", die wir, als willenloses Stimmvieh durch die Beteiligung an den Schwindelwahlen am 10. Oktober sanktionieren (=heiligen, rechtfertigen) sollen, nichts anderes ist als eine Demokratie für die Reichen, aber eine Diktatur über die Werktätigen. In der Urteilsbegründung sagte der Richter (und wir danken dem jungen Mann für seine biedere Aufrichtigkeit!): "Wir haben eine Demokratie. Jeder kann sich denken, was er will. Er kann auch bescheiden seine Meinung sagen, was an unserer Ordnung eventuell zu verbessern wäre, obwohl es meines Wissens keine bessere Ordnung auf Erden gibt. Aber unsere Demokratie hat ihre Grenzen. Und diese zieht das Strafrecht."

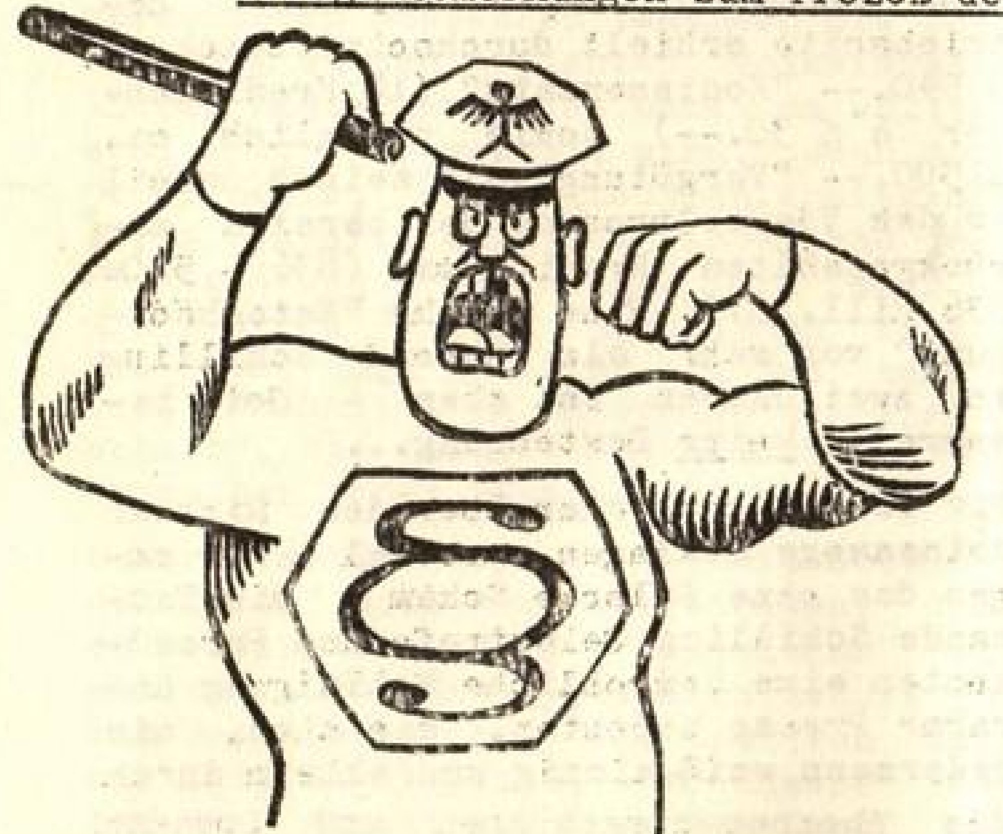
Über diese Grenzen der bürgerlichen Demokratie schrieb der große Lehrer des revolutionären Proletariats der ganzen Welt, Lenin, in einem der Hauptwerke des wissenschaftlichen Sozialismus, "Staat und Revolution":

"Diese Beschränkungen, Ausnahmen, Ausschließungen, Behinderungen für die Armen erscheinen gering, besonders demjenigen, der selbst nie Not gekannt hat und mit dem Leben der unterdrückten Klassen in ihrer Masse nicht in Berührung gekommen ist (und das trifft für neun Zehntel, wenn nicht gar für neunundneunzig Hundertstel der bürgerlichen Publizisten und Politiker zu) - aber zusammengenommen bewirken diese Beschränkungen die Ausschließung, die Verdrängung der armen Bevölkerung von Politik, von der aktiven Beteiligung an der Demokratie."

Das Gerichtsurteil vom 25. August 1971 über "Für die Volksmacht" hat auf das nachdrücklichste bewiesen, wie wahr, wie zutreffend diese Sätze des großen Lenin für "unsere" Bourgeois-Republik sind!

Klassische Klassenjustiz

Einige Bemerkungen zum Prozeß der BAWAG gegen "Für die Volksmacht"



Der Richter begründete die Verurteilung des Zentralorgans der VRA ungefähr wie folgt: Die Zinsen, welche die BAWAG für ihre an Arbeiter vergebenen Kredite nimmt, haben eine "durchschnittliche Höhe", entsprechen also nicht dem, was nach dem Gesetz bzw. der laufenden Rechtsprechung als "Wucher" bezeichnet wird. Der Geldbetrag, den ein Betriebsrat für die Werbung eines Kreditnehmers von der BAWAG erhält, ist "so gering", daß er - wiederum laut Gesetz bzw. Rechtsprechung - nicht als "Bestechung" bezeichnet werden darf.

Das bürgerliche Recht würde also das Zinsnehmen für Konsumentenkredite und die Geldzahlung an ehrenamtliche gewählte Betriebsräte für die Werbung von Kreditnehmern erst dann als gesetzwidrig betrachten, wenn die entsprechenden Prozentsätze oder Summen eine gewisse (in der Urteilsbegründung und auch im Plädoyer des BAWAG-Anwalts übrigens weder direkt noch indirekt - etwa durch Hinweis auf Gesetzesstellen oder oberstgerichtliche Entscheidungen - genannte) Höhe überschreiten.

Nach dem Rechtsempfinden der arbeitenden Menschen sind aber beide Handlungen verwerflich und verurteilenswert.

Erstens, was den Wucher betrifft. Nach Marx ist das Wucherkapital nichts anderes als die altertümliche oder, wie er sagt, "antedil uvianische" (="vorsintflutliche") Form des zinstragenden Kapitals. Während innerhalb der auf Lohnarbeit beruhenden kapitalistischen Produktion der Kapitalszins, - wie die Bodenrente (für das Grundstück, auf dem der Betrieb steht) und der eigentliche Unternehmergewinn (Profit im engeren Sinn) - Teil des aus unbezahlter Mehrarbeit der Lohnarbeiter entstandenen Mehrwerts (Profit im weitesten Sinn gemäß dem allgemeinen Sprachgebrauch) ist, stellt der Zins außerhalb der kapitalistischen Produktion - also z. B. die Zinsen für Konsumentenkredite - oder der faktische Preisaufschlag bei Ratenkäufen - auch in der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft nach wie vor, wissenschaftlich gesehen, nichts anderes als Wucher dar. Marx schreibt im "Kapital": "Das zinstragende Kapital behält die Form von Wucherkapital gegenüber Personen und Klassen, oder in Verhältnissen, wo nicht im Sinn der kapitalistischen Produktionsweise geborgt wird und geborgt werden kann; wo aus individueller Not geborgt wird wie im Pfandhaus;... oder wo der Produzent nichtkapitalistischer Produzent ist, kleiner Bauer, Handwerker etc..."("Das Kapital", Drittes Buch, 36. Kapitel; Marx-Engels-Werke, Bd. 25, S. 613-614) Deshalb schreibt Marx auch, daß der Arbeiter im Kapitalismus nicht nur Lohnsklave ist, sondern "in seiner Eigenschaft als Konsument" auch "Schuldsklave" des Wucherkapitals werden kann (Ebenda, Seite 609). In diesem Sinn - und nicht wegen dieser oder jener bestimmten Höhe der Kreditzinsen - sprechen wir von "Wucher".

Zweitens, was die Bestechung betrifft. Die großen Lehrer der internationalen Arbeiterklasse sprachen unzählige Male von der Bestechung einer hauchdünnen Oberschicht von Arbeiteraristokraten und -bürokraten durch die Kapitalistenklasse. Karl Marx hat, um nur ein markantes Beispiel zu nennen, auf dem Haager Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation (1872) die "sogenannten Führer der englischen Arbeiter" als "mehr oder weniger von der Bourgeoisie und der Regierung gekauft" bezeichnet; als diese Leute darüber einen Riesenlärm erhoben, nahmen die klassenbewußten Arbeiter Englands für Marx Stellung. Und Marx selbst schrieb etwas später: "Als ich die Kerle auf dem Haager Kongreß denunzierte (im englischen Sprachgebrauch - D. Red.), wußte ich, daß ich mir dadurch Unpopularität, Verleumdung etc. auf den Hals laden würde, aber solche Konsequenzen waren mir von je gleichgültig. Hier und da fängt man an einzusehen, daß ich mit jener Denunziation nur eine Pflicht gegenüber der Arbeiterschaft erfüllte." Wir sind der Meinung, daß auch wir nur eine Pflicht gegenüber der Arbeiterschaft erfüllen, wenn wir die Ausnützung der Position eines gewählten Betriebsrates zur Werbung von Kreditnehmern für eine Bank gegen eine "Vergütung der Mühewaltung" (egal in welcher Höhe!) als "Bestechung" brandmarken. Wer durch irgendeine Vergünstigung zu einer widerrechtlichen oder sittenwidrigen Handlung verleitet wird, ist sogar nach bürgerlichen Rechtsbegriffen bestochen. Ein Betriebsrat hat laut Betriebsrätegesetz keinerlei materiellen Vorteil aus seiner ehrenamtlichen Stellung zu ziehen, und er wurde von seinen Kollegen keineswegs gewählt, um ihnen gegenüber die Rolle eines Kreditvermittlers (und sei es zu relativ noch so "günstigen" Bedingungen) zu spielen.

FÜR LOHNKAMPF IN JEDEM BETRIEB

Von Monat zu Monat steigt der Preisindex. Im August waren laut amtlicher Statistik (und man weiß ja, wie diese zurechtfrisiert wird, um die tatsächlich noch viel rapidere Verteuerung der Lebenshaltung möglichst zu verschleiern!) die Verbraucherpreise bereits um 5,2 Prozent höher als vor einem Jahr. Und dabei haben die privaten und "öffentlichen" Unternehmer schon eine ganze Menge von Forderungen nach neuen Preis- und Tariferhöhungen - von der Semmel über Benzin bis zum Strom - angemeldet, die nach den Wahlen bewilligt werden sollen; denn wir haben ja eine "Demokratie", d.h. die arbeitenden Menschen sollen durch ihre Teilnahme an den Schwindelwahlen selbst dafür verantwortlich gemacht werden, daß unter der neuen Regierung die Kaufkraft ihrer Löhne weiter sinkt!

Die im vergangenen Herbst und Winter von den Bossen und Bonzen im stillen Kämmerlein ausgepackelten Löhne sind also jetzt schon um mehr als fünf Prozent abgewertet! Wie wird erst im kommenden Winter die reale Kaufkraft dieser Löhne gesunken sein! Das fragen sich besorgt die arbeitenden Menschen in Österreich, und in den Betrieben wächst die Unruhe.

In der Mai-Nummer unserer Zeitung haben wir die neue Teuerungslawine vorausgesagt und geschrieben:"Es ist ganz klar: Wollen die Arbeiter nicht noch mehr ausgesackelt werden, müssen sie sofort in den Betrieben den Kampf um Lohnerhöhungen aufnehmen." Diese unsere Erkenntnis wird jetzt immer mehr Arbeitern und Angestellten klar. Und es gibt schon erste Beispiele eines erfolgreichen Kampfes. So haben Ende August die Arbeiterinnen einer Werkabteilung der Alpine-Traisen durch einen Streik die Erhöhung ihres Stundenlohns von S 16,10 auf 17,58 durchgesetzt und gleichzeitig auch eine Verbesserung der Prämie erkämpft.

Ein nachahmenswertes Beispiel, fürwahr! Was machen aber daraus die "K"PÖ-Revisionisten? Am 4. September berichtete die "Volksstimme" über diesen erfolgreichen Streikkampf der Traisner Arbeiterinnen. Aber zugleich damit, in demselben Artikel auf Seite 2, vertritt sie unter Berufung auf den revisionistisch beeinflußten Betriebsrat der Brunner Glasfabrik, der sich "auf Grund der Unruhe unter der Arbeiterschaft mit der Preisentwicklung beschäftigt hat", die Meinung, daß "die Teuerungsabgeltung nicht eine Frage eines einzelnen Betriebes oder einer Branche ist", sondern vom ÖGB "für alle Arbeiter und Angestellten" gefordert werden solle. Die Pseudokommunisten halten also (gerade in einem Betrieb, wo sie die Mehrheit haben!) die Werktätigen von dem einzig erfolgversprechenden Lohnkampf im Betrieb zurück und vertrösten sie mit "Appellen" an die Arbeiterverräter an der Spitze des ÖGB!

Nun hat - geradezu als Antwort auf derartige Appelle - der ÖGB-Präsident Benya am 6. September im Mittagsjournal des ORF die Stellung von Lohnforderungen ausdrücklich abgelehnt. Er hat damit abermals bewiesen, wie recht wir haben, wenn wir immer wieder feststellen, daß sich die Arbeiter auf ihre eigene Kraft verlassen und den Kampf in ihren Betrieben aufnehmen müssen, und sei es gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie! In den Betrieben liegt die Kraft der Arbeiter. In den Betrieben werden sie ausgebeutet, in den Betrieben müssen sie sich gegen die räuberischen Angriffe auf die Kaufkraft ihrer Löhne zur Wehr setzen. So wie wir im Mai geschrieben haben: "Im kapitalistischen System hat der Arbeiter keine andere Wahl, seinen Reallohn zu erhalten, als immer wieder Lohnforderungen durchzusetzen." Und die Praxis beweist es immer wieder, daß der Lohnkampf in jedem Betrieb durch den Willen der Belegschaft geführt werden muß.

x x x x

Seit der Niederschrift dieser Zeilen gab es einen Lohnstreik bei Böhler-Kapfenberg. Auch in anderen Betrieben gärt es.

Ente à la Peking

Eines der wohlschmeckendsten Gerichte ist "Peking-Ente". Zu den widerlichsten Gerüchten gehören die "Enten à la Peking". Also jene Zeitungsenten, die Volks-China verleumden und insbesondere seit fast einer Woche (wir schreiben bei Redaktionsschluß den 27. September) mit ihrem ohrenbetäubenden Geschnatter die Menschen verwirren sollen. Von einer erfundenen "Erkrankung Mao Tsetungs", von phantastischen "Machtkämpfen", von angeblich "drohenden kriegerischen Verwicklungen" u. ä. faselt eine ebenso gigantische wie groteske Verblödungskampagne.

"Begründet" werden diese, bewußt die Öffentlichkeit irreführenden Tatarennachrichten entweder mit völlig aus der Luft gegriffenen Behauptungen, die selbst von bürgerlichen Korrespondenten und Touristen (deren es in China durchaus nicht mangelt) energisch dementiert wurden (wie eine angebliche "Luftsperre" oder "Urlaubssperre"; oder mit alltäglichen Meldungen, an welche hirnverbrannte Spekulationen geknüpft werden (wie über den Besuch einer amerikanischen Ärztegruppe, die, ebenso wie zahlreiche andere Touristen, schon Monate vorher eingeladen worden war); oder mit Tatsachen, die absichtlich falsch gedeutet werden (wie die Reform der Abhaltung des Nationalfeiertags, der, wie schon seit Jahren der 1. Mai, nicht mehr durch anstrengende und unter sozialistischen Verhältnissen unzweckmäßige Aufmärsche, sondern durch festliche Veranstaltungen der Massen in den Parkanlagen begangen wird).

Die "seriösen" Zeitungen der Bourgeoisie, die ihren Lesern keine offenkundigen Lügen auftischen dürfen - wie etwa die "Süddeutsche Zeitung", die "Neue Zürcher Zeitung" oder sogar die Wiener "Presse" - machen sich über derlei Humbug lustig. Aber die wahren "Massenmedien", wie der ORF, die "Kronen-Zeitung" und der "Kurier", lassen Kaskaden von Hetzlügen über das sozialistische China auf die werktätigen Leser niederprasseln, und jene Blätter, die noch mit mehr oder weniger klassenbewußten Arbeiterlesern rechnen dürfen, wie "AZ" und "Volksstimme", halten mit.

Grund für all den Hexentanz ist die Tatsache, daß die Volksrepublik China in raschem Tempo enorme außenpolitische Erfolge zu verzeichnen hat; daß die Wiederherstellung ihres rechtmäßigen UNO-Sitzes in unmittelbare Nähe gerückt ist; daß sich daher sowohl der US-Imperialismus wie der russische Sozialimperialismus einer neuen, schweren Niederlage gegenübersehen.

Der erfundene "Chinese"



Das ist der tansanische Polizeioffizier Hans Poppe.

Die Lügenhetzen aller Reaktionäre und Kriegstreiber sind altbekannt. Um Vorwände für den kriegerischen Einfall in ein anderes Land sind sie nie verlegen. Schon Hitler liess den Sender Gleiwitz von "angeblichen "Polen" besetzen, um"Grund" zum Einmarsch in Polen zu haben.

Der Putschgeneral Amin in Uganda hat sich jetzt daran erinnert, als er von seinen ständigen militärischen Provokationen gegen das benachbarte Tansania ablenken wollte. Er erfand einen angeblichen "Chinesen", der zum Beweis dienen sollte, dass " Chinesen Kommandofunktionen in der tansanischen Truppe ausüben". Nebenstehendes Bild zeigt diesen angeblichen "Chinesen", der von einem deutschen Vater und einer afrikanischen Mutter abstammt und Hans Poppe heisst.

Lügen haben immer kurze Beine. Diese antichinesische besonders kurze. Amin und seinen grossen und kleinen Artgenossen kann man ruhig prophezeien: Sie werden von den Völkern hinweggefegt werden und am Misthaufen der Geschichte enden.

Nixon schwenkt die weisse Fahne

Aus der Rede des Ministerpräsidenten der Demokratischen Volksrepublik Korea, Kim Il-Sung, bei einer Massenkundgebung zu Ehren des kambodschanischen Staatschefs Norodom Sihanouk in Pyongyang am 6. August 1971.

Heute ist Asien ein Gebiet, wo der revolutionäre Sturm am heftigsten tobt. Es ist der Hauptschauplatz des antiimperialistischen revolutionären Kampfes. Hier ist es, wo der Lebensnerv des Imperialismus durchschnitten wird.

Da es in Asien viele revolutionäre und kämpfende Länder gibt und ihre Einheit fest ist, haben die US-Imperialisten zu aller Art aggressiven Manövern Zuflucht genommen, deren aggressive Spitze gegen Asien gerichtet ist, mit der Absicht, die asiatischen sozialistischen Länder zu blockieren und anzugreifen und die rapid wachsende nationale Befreiungsbewegung in Asien abzuwürgen. Da aber die amerikanischen Imperialisten infolge der entschlossenen Gegenangriffe der vereinten Völker dieser Gegend eine Niederlage nach der anderen erlitten, sind sie in eine derartige Klemme geraten, daß sie in Asien nicht länger verbleiben können und sich die imperialistische Aggressionspolitik der USA in Asien einer Krise gegenübersieht, die letzten Endes zu ihrem totalen Bankrott führt.

Genosse Kim Il-Sung schildert sodann die aufeinanderfolgenden Niederlagen des US-Imperialismus seit ihrem Debakel in Korea und das Scheitern all ihrer verzweifelten Versuche, sich vor dem Untergang zu retten. Er verweist auf die immer ernsthafter werdende innen- und außenpolitische Krise des US-Imperialismus, auf die sich zuspitzenden Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse der USA und unter den imperialistischen Mächten sowie insbesondere auf die schweren Schläge, die der US-Imperialismus in Indochina einstecken muß, und auf das unausbleibliche Fiasko der "Nixon-Doktrin" ("Laßt Asiaten gegen Asiaten für die Interessen der USA kämpfen"). Er fährt dann fort:

Bei ihren Angriffen auf die revolutionären Kräfte Asiens haben die US-Imperialisten große Anstrengungen in der Richtung auf eine Blockade und Erdrosselung der Volksrepublik China unternommen.

Als die Volksrevolution in China triumphierte, lehnten es die US-Imperialisten ab, die Volksrepublik China anzuerkennen. Stattdessen nahmen sie ihr gegenüber vom ersten Tag an eine feindselige Haltung ein und führten alle möglichen niederträchtigen Manöver durch, um mit Hilfe einer Mobilisierung aller reaktionären Kräfte China zu blockieren und zu isolieren. ....

Aber all das hat zu nichts geführt. Trotz der Blockade- und Isolationspolitik des US-Imperialismus ist die Volksrepublik China, weit davon entfernt, erdrosselt zu werden, mit jedem Tag stärker geworden, als eine imposante sozialistische Macht in Asien und als eine mächtige revolutionäre Kraft.

In diesen Tagen ist die Anerkennung der Volksrepublik China als einzigen legitimen Regierung des chinesischen Volkes und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit ihr zu einer unaufhaltsamen Tendenz in der ganzen Welt geworden, und die Blockade-Politik des US-Imperialismus ist schmählich zusammengebrochen.

Unter den historischen Umständen, da der US-Imperialismus auf diese Weise innen- und außenpolitisch in eine Sackgasse geraten ist, gab Nixon vor einiger Zeit seinen Plan bekannt, China zu besuchen.

Das bedeutet, daß die chinafeindliche Politik, die die US-Imperialisten mehr als 20 Jahre betrieben haben, um die großen revolutionären Veränderungen in China, das fast ein Viertel der Weltbevölkerung umfaßt, mit "Gewalt" aufzuhalten, schließlich total bankrott ist. Und das bedeutet, daß der US-Imperialismus letzten Endes dem Druck der mächtigen antiimperialistischen revolutionären Kräfte der Welt nachgeben mußte.

So wie die imperialistischen Aggressoren der USA seinerzeit, nachdem sie im Korea-Krieg eine Niederlage erlitten hatten, mit einer weißen Flagge in Panmundschom erschienen, so ist nun schließlich und endlich Nixon im Begriffe, mit einer weißen Flagge in Peking aufzukreuzen....

Nixons Besuch in China wird nicht der Marsch eines Siegers, sondern die Reise eines Besiegten sein. Er spielt voll und ganz das Schicksal des US-Imperialismus wider, der wie die Sonne am westlichen Himmel untergeht. Das ist ein großer Sieg des chinesischen Volkes und ein Sieg der revolutionären Völker der Welt.

Die KP Chinas und das chinesische Volk sind lang erprobt und gestählt, sie haben eine ruhmreiche Tradition eines langwierigen antiimperialistischen revolutionären Kampfes. Sie verfügen über reiche Erfahrungen, wobei sie einerseits ihre Lanzen mit denen des Feindes gekreuzt und diese zerbrochen, andererseits die betrügerische Taktik des Feindes mit revolutionären Prinzipien beantwortet und zerschlagen haben. Auch heute kämpft die Volksrepublik China als zuverlässiger Stützpfeiler der antiimperialistischen revolutionären Kräfte in Asien entschlossen gegen die Aggressions- und Kriegspolitik der vom US-Imperialismus angeführten Imperialisten; sie unterstützt und ermutigt alle revolutionären Völker Asiens und der ganzen Welt, die den imperialistischen Aggressoren der USA Widerstand leisten, und hält an den Grundsätzen des proletarischen Internationalismus beharrlich fest...

Im Zusammenhang mit dem Plan Nixons, China zu besuchen, schliddert das imperialistische Lager gegenwärtig aufs neue in einen Zustand der Verwirrung und des Zerfalls hinein...

Die allgemeine Lage wird für uns Revolutionäre mit jedem Tag immer günstiger...

Der Wahlzirkus gastiert in Österreich:
Die teuerste Show der Welt

Schon die alten Römer hatten ihren Zirkus, in dem zum Gaudium des Kaisers den wilden Tieren Sklaven vorgeworfen wurden. Und auch die Russen haben ihren Staatszirkus. Der bringt den notleidenden neuen Zaren die Devisen. Den politischen Zirkus aber einfach in den wirklichen Zirkus zu verlegen, das ist eine österreichische Erfindung von zukunftsweisender Bedeutung. Statt einseitiger Pressekonferenzen und lahmer Fernsehdiskussionen hat Direktor Kreisky ganz andere Ereignisse zu bieten:

Zu allererst sprengt ein wutschäumender Amtsschimmel in die Arena, auf seinem Rücken ein in allen Sätteln gerechter Richter, der „am Beispiel der BAWAG" die Hohe Schule der Paragraphenreiterei zeigt. Applaus von der Ehrentribüne belohnt die gekonnte Darbietung. Dann treten die Kunstschützen der Wiener Polizei in Aktion. Ohne lang herumzureden, schießen sie die Magazine ihrer Dienstpistolen leer, und zwei Unschuldige wälzen sich in ihrem Blut. Der Innenminister Rösch steht daneben und wischt mit einem Zaubertrick ein paar alte braune Flecken von seiner weißen Weste. Das Publikum ringsum beginnt zu johlen, Pfiffe gellen, nur die Ehemaligen auf der Ehrentribüne schweigen jetzt betreten.

Der Showmaster Kreisky rettet die Situation. Er beweist, daß er der starke Mann ist, indem er Millionen Wähler ganz einfach auf den Arm nimmt. Gleichzeitig sind im Hintergrund die parlamentarischen Feuerschlucker tätig. Sobald ein heißes Eisen auftaucht, lassen sie es verschwinden.

Auch General Lütgendorf spielt mit dem Feuer. Während aufmüpfigen Präsenzdienern Kopfhaare, Bärte und Flügel gestutzt werden, hält der Verteidigungsminister einen Vortrag über die Rolle des Bundesheeres im Jahre 1934. Dann gibt er militärisch knapp den Tagesbefehl an die Wehrdienstpflichtigen bekannt. Er lautet: „Schnauze!"

Anschließend zeigt Gewerkschaftspräsident Benya sein Kunststück: das Anziehen der Lohnbremse. Während des Experiments bittet er das Publikum um äußerste Ruhe, damit ein vor der Tür schlafender Riese namens ÖGB nicht geweckt wird. Benyas Gehilfen, die Muhri Brothers vom Höchstädtplatz, versprechen indessen den Zuhörern das Rote, äh, das Blaue vom Himmel. Höhepunkt eines halsbrecherischen Trapezaktes: der letzte Arbeitnehmer, der noch an Muhri glaubt, fliegt mit ausgestreckten Armen auf diesen zu — und Muhri läßt ihn kalt fallen.

Die Zuschauer toben. Der große Illusionist Doktordoktor Nenning versucht, ihre Sorgen wegzugaukeln, aber das Publikum ist nicht zu beruhigen. Erst als Saalordner in Polizeiuniform die Protestierenden hinausprügeln, wird es wieder ruhig, und die Akteure setzen zum Finale an. Showmaster Kreisky leitet die Schlußverlosung im großen Demokratie-Spiel und kündigt an, daß jeder der 183 Sieger im Parlament eine goldene Futterschüssel bekommt.

Wie wir aus gut unterrichteter Quelle erfahren, soll der Wahlzirkus einen derart hohen Reingewinn bringen, daß die Veranstalter hoffen, für die nächsten vier Jahre für sich selbst, für die Industriellenvereinigung und für alle andern Profitierenden ausgesorgt zu haben.

DIE LESER SCHREIBEN

WER IST SCHULD AN DEN VORURTEILEN?

Zu Ihrem Artikel: "Auch das führt zum Faschismus", Für die Volksmacht, Heft 53/71:

Ich habe die AZ vom 30. Mai nicht gelesen, kann also an den "sechs Feststellungen" als solche nichts sagen.

Der fromme Glaube an den aufgeschlossenen und toleranten Österreicher ehrt Sie zwar, ist jedoch völlig falsch am Platz. Die Österreicher sind nicht ganz so revolutionär wie Sie sie gerne hätten, sie sind nicht einmal besonders fortschrittlich. Kleinbürgerliche und liberale Ideologien spuken in den Köpfen eines großen Teils der österreichischen Bevölkerung, die sich in groteskem Egoismus, Sturheit, Obrigkeitshörigkeit, sentimentalem Patriotismus und leider auch Rassismus äußern.

Die Juden kommen dabei noch relativ gut weg, kritischer wird es bei Gastarbeitern und Farbigen. Sie werden im allgemeinen als minderwertig, dumm und unzivilisiert betrachtet. Der österreichische Rassismus äußert sich nun nicht in Gewaltakten wie z.B. in den USA oder in Südafrika, sondern in einem würdevollen "Herabblicken" und im Ausschluß aus der Gesellschaft. Es gibt zahlreiche Fälle, in denen es Farbigen fast unmöglich ist, eine Wohnung zu bekommen, die ihnen am Telefon zugesichert wurde. Gastarbeiter werden als faul bezeichnet und beschuldigt, Frauen anzupöbeln. Die Rechtfertigungen der Österreicher lauten dann ungefähr so: "Natürlich sind nicht alle gleich, man kann sie nicht in einen Topf werfen. Aber die meisten sind schlecht."

Eine weitere Form österreichischen Rassismus ist die Unterdrückung slowenischer Minderheiten, von der man leider äußerst selten hört.

Richtig ist, daß Menschen mit schlechterer Bildung eher zum Rassismus neigen. Aus zwei Gründen:

1.) Geringe Bildung führt in vielen Fällen zu einem Mangel an Information. Hauptsächlich Information und die damit verbundene Konfrontation mit dem Fremden hilft Angst vor dem Unbekannten zu überwinden. Außerdem sind Menschen mit schlechterer Ausbildung Manipulationen stärker ausgesetzt.

2.) Menschen mit schlechterer Ausbildung nehmen in jedem System den niedrigsten sozialen Rang ein. Da jeder Mensch den Wunsch hat, einen möglichst hohen Status zu erreichen und in diesem Fall die Chancen eines Aufstiegs gering sind, wird ein Sündenbock gesucht, das heißt ein Rangniederer. Wenn man sich nicht getraut nach oben zu treten, tritt man nach unten. Ist niemand da, muß man sich jemand suchen.

Zu den Rassisten gehören auch Arbeiter. Diese Tatsache sollten Sie nicht übersehen. Man kann nicht alle Arbeiter in einen revolutionären Topf werfen. "Weil nicht sein kann, was nicht sein darf", ist eine Auffassung, die eher einem bürgerlichen Blatt als einer revolutionären Zeitschrift zukommt. Daß Selbstkritik wichtig ist, hat schon Mao festgestellt. Doch ohne ein klares Erkennen der Tatsachen gibt es keine ernstzunehmende Kritik.

S.P., Wien

x x x x x

Wir haben dieses Schreiben einer Leserin im vollen Wortlaut gebracht, weil es eine Ansicht zum Ausdruck bringt, die viele Antifaschisten und überhaupt fortschrittliche Menschen in unserem Lande teilen. Nichtsdestoweniger halten wir diese Ansicht für unrichtig, obgleich die Beobachtungen, auf die sie sich gründet, richtig sind.

Zunächst möchten wir - sozusagen "ordnungshalber" - feststellen, daß man aus dem kritisierten Artikel doch kaum so etwas wie einen "frommen Glauben an den aufgeschlossenen und toleranten Österreicher" herauslesen kann. Wir halten auch keineswegs "den Österreicher für "revolutionär". Erstens beurteilen wir alle gesellschaftlichen Erscheinungen vom proletarischen Klassenstandpunkt, es gibt also für uns (und in der Wirklichkeit, die wir eben mittels des streng wissenschaftlichen marxistischen Standpunkts richtig widerzuspiegeln bemüht sind) kein derartiges Gebilde wie "der Österreicher" schlechthin. Zweitens sind wir weit davon entfernt, die arbeitenden Menschen in Österreich zu idealisieren. Im Gegenteil: Die Herrschaft der verschwindend kleinen monopolkapitalistischen Ausbeuterklasse beruht ja nicht bloß auf brutaler Gewalt, sondern auch auf raffiniertem Betrug. Und dieser Betrug an den Volksmassen beruht, wie wir in unserer Grundsatzerklärung ausführlich darlegten, auf ihrer geistigen Knechtung durch die gigantische, vielgestaltige Maschinerie der Meinungsmanipulation. Eine besonders schäbige Methode dieser Manipulation der Gehirne - und zu einem besonders niederträchtigen und gefährlichen Zweck, nämlich zur geistigen Vorbereitung des Volkes auf eine totale Faschisierung - haben wir eben in dem kritisierten Artikel aufgezeigt.

Wir bewiesen eben darin an einem sehr augenfälligen (wenn man nämlich, wie wir es taten und unseren Lesern empfahlen, das System der sogenannten "Meinungsforschung" im allgemeinen und die von uns angeprangerte "Befragung" im besonderen unter die Lupe nimmt) Beispiel, daß alle Vorurteile, schlechten Eigenschaften und falschen Handlungsweisen, die unsere Leserin bei vielen Österreichern - unter ihnen auch Arbeitern - feststellt, eben das Ergebnis der bürgerlichen Erziehung, von der Schule bis zum Fernsehschirm und zur Plakatwand, ist. Die Bourgeoisie, so schrieben Marx und Engels im "Kommunistischen Manifest", "schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde". Und so sind denn alle schlimmen Züge, die den von der Kapitalistenklasse heute mehr als früher geistig geknechteten arbeitenden Menschen anhaften, ein Spiegelbild der reaktionären Bourgeoisfratze. Aufgabe der revolutionären Vorhut des Proletariats ist es eben, den Einfluß der Bourgeoisie zu tilgen, damit die arbeitenden Menschen ihr eigenes Gesicht finden. Diesem Zweck diente auch unser Artikel.

Die Redaktion

WIR WERDEN SIEGEN

Als ein noch junges und neues Mitglied der VRA möchte ich Euch für Euren Einsatz und konsequenten Kampf für die revolutionäre Sache, die objektiv eine Sache aller Werktätigen ist, von Herzen danken. Noch ist es in unserem Land verhältnismäßig ruhig, doch der Unmut wächst; die Unzufriedenheit mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist besonders unter der Jugend groß. Und fast ebenso groß ist die ideologische Verwirrung, die bewußt von der bürgerlichen Meinungsindustrie, aber auch von Revisionisten, Pseudolinken und anderen gestiftet wird. Unter dem Mäntelchen von "progressiv" wird der Unmut und die Unzufriedenheit aufgefangen und in das Ausbeutersystem eingegliedert. Die ganze Peace-, Pop- und Lovebewegung dient den Herrschenden - sie lachen sich ins Fäustchen. Unter diesen Bedingungen ist es verdammt wichtig und notwendig, allen fortschrittlichen Kräften aus dieser Verwirrung zu helfen, indem wir ihnen den richtigen Weg zeigen und eine realistische Alternative vor Augen halten.

Dieser Weg ist der gewaltsame Umsturz des bestehenden Systems; und die Alternative ist eine sozialistische Gesellschaftordnung, wie sie z.B. in China existiert. Der Marxismus-Leninismus und die Ideen Mao Tsetungs sind der Schlüssel dazu - Imperialisten und Sozialimperialisten zittern davor - denn sie sind unbesiegbar. Als einfacher Arbeiter gibt mir diese Erkenntnis Kraft und Selbstbewußtsein, Furchtlosigkeit und Ausdauer. Kämpfen wir weiter!

Anbei einige Adressen von neuen Abonnenten von "Volksmacht" und "rote garde" sowie eine Literaturbestellung.

C.L., Vorarlberg

WIR FORDERN UNSERE FREUNDE UND LESER AUF, SICH AN UNSERER RUBRIK LESERBRIEFE ZU BETEILIGEN.

"FRIEDLICHER ÜBERGANG ZUM SOZIALISMUS?"

In Diskussionen mit jungen Freunden wird oft der Standpunkt der VRA einerseits dem Standpunkt der KPÖ andererseits in der Frage "gewaltsamer oder friedlicher Übergang zum Sozialismus?" wie folgt dargestellt:

Standpunkt der VRA: Die Massen auf den gewaltsamen Übergang, d.h. auf die bewaffnete Machtergreifung vorbereiten. Bei dieser Machtergreifung wird die bürgerliche Staatsmaschinerie zerschlagen.

Standpunkt der KPÖ: Sich hauptsächlich auf den friedlichen Übergang zu orientieren, jedoch wenn vom Klassengegner dazu gezwungen, die Macht auch bewaffnet zu ergreifen.

Dabei wird der Standpunkt der KPÖ so verteidigt: Unter Berücksichtigung der Situation in Österreich, d.h. die Arbeiterbewegung ist relativ schwach, stellt sich die Frage der Machtergreifung nicht unmittelbar. Das bedeutet also, daß es allein aus agitatorischen Gründen zweckmäßig ist, sich gegenwärtig hauptsächlich auf den friedlichen Weg zu orientieren. Eine solche Maßnahme wird sogar von den chinesischen Genossen in den Kommentaren zum offenen Brief der KPdSU für richtig gehalten.

Es ist zweifellos von vornherein notwendig, Vorbereitungen für einen bewaffneten Kampf zu treffen, wenn sich die Möglichkeit eines solchen unmittelbar stellt.

Gegenwärtig muß man die Möglichkeit eines bewaffneten und friedlichen Übergangs im Auge behalten, jedoch aus agitatorischen Gründen den friedlichen Weg hervorheben. Einzig und allein unser Klassengegner bestimmt, ob es zu einer bewaffneten Auseinandersetzung kommen wird oder nicht. Daß wir Kommunisten einen friedlichen Übergang wünschen, braucht wohl nicht betont zu werden und ist auch unwesentlich, da Wünsche an der objektiven Situation nichts ändern.

Die wesentliche Differenz in der behandelten Frage zwischen KPÖ und VRA liegt also darin, daß sich die KPÖ hauptsächlich auf den friedlichen Weg orientiert, aber auch im Falle der Aufzwingung eines bewaffneten Kampfes diesen führen will.

Vereinfachte Darstellung des Standpunktes der VRA: Hauptsächliche Orientierung und Vorbereitung des bewaffneten Kampfes und Ablehnung des parlamentarischen Weges.

Es wäre meines Erachtens für derartige Diskussionen sehr nützlich, wenn "Für die Volksmacht" dazu Stellung nimmt.

M.R., Kärnten

x x x x x

1. Die Frage "gewaltsamer oder friedlicher Übergang zum Sozialismus?" ist keineswegs eine Streitfrage zwischen VRA und "K"PÖ, sondern sie ist die grundlegende, entscheidende Trennungslinie zwischen Marxismus und Revisionismus zumindest seit mehr als 70 Jahren, d.h. seit dem Auftreten Bernsteins. Die seinerzeitige, marxistisch-leninistische KPÖ ist entstanden und hat sich entwickelt gerade im Kampf gegen die revisionistische Auffassung Otto Bauers und der SP der 1. Republik in dieser Frage, während die heutige, zu einer sozialdemokratischen arbeiterverräterischen Sekte degenerierte "K"PÖ in dieser Frage haargenau den gleichen Standpunkt einnimmt, wie ihn die SPÖ der Zwischenkriegszeit (z. B. im Linzer Programm von 1926) vertreten hatte.

2. Dabei handelt es sich absolut nicht um "Akzentverschiebungen", d.h. etwa darum, als würde die "K"PÖ die friedliche, die VRA aber die gewaltsame Möglichkeit "mehr betonen". Es handelt sich vielmehr darum, daß die modernen Revisionisten ebenso wie ihre Vorgänger mit dem "Offenlassen" einer eventuell aufgezwungenen gewaltsamen Lösung lediglich ein demagogisches Spiel mit Worten im Sinne haben und praktisch die Versöhnung mit der bestehenden kapitalistischen Ausbeuterordnung betreiben, während die Marxisten-Leninisten (also auch die VRA) mit der Einräumung der theoretischen Möglichkeit eines friedlichen Übergangs sich für Eventualfälle einen agitatorischen und taktischen Spielraum offenhalten.

Um diesen Punkt womöglich noch klarer zu machen: Im Entscheidungsjahr 1933 hat O. Bauer, um die über den Vormarsch des Faschismus und die sozialdemokratische Politik des ständigen Zurückweichens äußerst beunruhigten Arbeiter zu beschwichtigen, vier Fälle genannt, von denen jeder einzelne bei seinem Eintritt den bewaffneten Widerstand der (bekanntlich in ihrer überwältigenden Mehrheit sozialdemokratischen) Arbeiterschaft auslösen würde: Auseinanderjagung des Parlaments, Beseitigung der sozialdemokratischen Verwaltung im "Roten Wien", Auflösung der SPÖ und der Freien Gewerkschaften, Verbot des Schutzbunds. Bekanntlich sind alle diese Fälle eingetreten, doch die SP-Führung hat die revolutionären Arbeiter, sogar als diese im Februar 1934 zur verzweifelten Selbsthilfe griffen, im Stich gelassen und verraten. Die heutige "K"P-Führer sind noch viel erbärmlicher: Es gibt keinen Schutzbund, das Bundesheer (ebenso wie Polizei und Gendarmerie) ist viel reaktionärer organisiert und geführt als seinerzeit, und die "K"PÖ hat überhaupt kein politisches Gewicht im Land, während die SPÖ die offizielle Sachwalterin der Kapitalistenklasse ist. Wenn die verräterische Politik der "austromarxistischen" Revisionisten zum Faschismus geführt hat, so würde die Politik der "K"P-Renegaten – falls sie überhaupt je "zum Tragen" käme – mit noch grösserer Gewißheit und bei noch geringeren Hindernissen dorthin führen.

Die VRA hat in ihrem programmatischen Dokument "Für die sozialistische Revolution in Österreich" (Grundsatzerklärung) die opportunistischen Fehler der westeuropäischen kommunistischen Parteien im allgemeinen (II. Kapitel, 4. Absatz) und der KPÖ im besonderen (IV. Kapitel, 3. Absatz) entschieden kritisiert. ~~Sie hat die Möglichkeit eines~~ "friedlichen Weges" nicht nur "zu wenig betont", sondern überhaupt nicht erwähnt. Sie hat allerdings stillschweigend eine solche Möglichkeit auch nicht ausgeschlossen. Völlig im Einklang mit den historischen Erfahrungen, den tatsächlichen Gegebenheiten unserer Gegenwart und den Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus wird dort (Kapitel III, Mitte) festgestellt, daß das "Tor" zur neuen Gesellschaft "vom Gewaltapparat der Kapitalistenklasse bewacht" wird. Und der "gewaltsame Umsturz", zu dem wir uns am Ende der Grundsatzerklärung gemäß dem "Kommunistischen Manifest" bekennen, wird vier Absätze weiter wie folgt definiert: "Letzten Endes stützt sich eben die Macht des Kapitals auf den Gewaltapparat des bürgerlichen Staates... Und letzten Endes kann die Macht des Kapitals nur gebrochen werden, wenn die Bourgeoisie entwaffnet wird und sich das Volk bewaffnet."

3. Letzteres ist eben theoretisch auch auf "friedlichem" Wege möglich. Alle diesbezüglichen Äußerungen von Marx, Engels und Lenin gehen von einer solchen theoretischen Möglichkeit aus. Vor hundert Jahren hielt Karl Marx einen friedlichen Übergang zum Sozialismus in England (wo allerdings das Proletariat dazu noch gar nicht bereit war, obwohl es bereits die große Mehrheit der Gesellschaft bildete!) für möglich, weil die Bourgeoisie keinen für den Schutz ihres Gesellschaftssystems ausreichenden Gewaltapparat besaß. 1917 hielt Lenin (während buchstäblich nur einiger Tage!) einen solchen Übergang für möglich, weil die Arbeiterklasse bewaffnet war und die entscheidenden Streitkräfte den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten unterstanden. (Da aber diese Sowjets von opportunistischen Arbeiterverrätern beherrscht waren, war eben diese "theoretische" Möglichkeit nicht zu verwirklichen!) Ganz abstrakt hielt es Lenin für möglich, daß nach dem Sieg der proletarischen Revolution in den meisten Ländern der Welt die Bourgeoisie der kleinen, schwachen und perspektivelosen noch kapitalistisch verbliebenen Länder (Lenin nannte als Beispiel eine von allen Seiten von sozialistischen Ländern umringte Schweiz) gegen eine Ablöse auf friedlichem Wege zur Kapitulation veranlaßt werden könnte. In diesem Sinne sprachen auch seinerzeit Marx und Engels davon, es wäre am besten, wenn man "die ganze Bande auskaufen" könnte. Praktisch hat es aber noch nie eine friedliche Revolution gegeben. Sich darauf orientieren heißt also die Arbeiterschaft ebenso betrügen, wie dies die SP-Revisionisten seinerzeit getan haben und die "K"P-Revisionisten heute tun.

4. Man kann sich überhaupt nicht auf einen "friedlichen Übergang" vorbereiten. Denn eine solche "Vorbereitung" bedeutet doch nichts anderes als Vertrauen zum pseudodemokratischen Parla-

mentarismus säen. Wir haben immer gesagt, daß wir uns nicht die Hände binden lassen, daß unter Umständen in bestimmten Situationen eine Teilnahme an Wahlen der Revolution förderlich sein kann. Aber heute – gerade angesichts einer nichtrevolutionären Situation! – für Parlamentswahlen eintreten heißt einzig und allein den kapitalistischen Ausbeuterstaat bejahen, die Arbeiterschaft an dieses verruchte System ketten! Umgekehrt: Wenn man sich auf den – in der Regel unvermeidlichen! – bewaffneten Kampf vorbereitet (es handelt sich, wohlverstanden!, um eine geistige, ideologische Vorbereitung, denn eine materielle Vorbereitung – wie etwa die Anlage von Waffenlagern oder die Bildung von Partisaneneinheiten – ist erst zu einem viel späteren Zeitpunkt möglich und angezeigt, wenn nämlich eine revolutionäre Krise herangereift ist und die Mehrheit der politisch aktiven werktätigen Bevölkerung für den Kampf auf Leben und Tod bereit ist), dann – und nur dann! – ist man zugleich auch für einen eventuellen friedlichen Übergang vorbereitet; denn die Bourgeoisie – wie jede herrschende Klasse – wird niemals freiwillig auf ihre Herrschaft verzichten, muß also, wenn nicht der angewendeten, so doch der angedrohten Gewalt der unterdrückten Klasse, die eine über alle Zweifel erhabene erdrückende Überlegenheit haben müßte, weichen. Daß die politische Macht auf dem Besitz von Waffen beruht und nur gestützt auf Waffengewalt erobert werden kann, ist eine unumstößliche, tausendfach in der Geschichte bewiesene Wahrheit. Das Gegenteil zu behaupten hieße, die Volksmassen abermals zu betrügen.

5. Man beruft sich völlig zu Unrecht auf die Stellungnahme der KPCh ("Erster Kommentar zum Offenen Brief der KPdSU", Anhang I), die von A bis Z gerade eine Argumentation des Marxismus-Leninismus gegen den Revisionismus ist. Wenn dort die chinesischen Genossen vom "friedlichen Übergang" sprechen, meinen sie gerade unseren diesbezüglichen Wunsch und gehen von diesem aus, nicht aber von der rein theoretischen objektiven Möglichkeit. Was ersteren betrifft, sprechen sie davon, daß es unter gewissen Umständen agitatorisch zweckmäßig und taktisch vorteilhaft sein kann, diesen Wunsch "zu erwähnen". Was letztere betrifft, verweisen sie erstens auf die "Zukunft" (gesehen vom Zeitpunkt der Abfassung dieses Dokuments, nämlich 10.11.1957), zweitens auf "drastische Veränderungen der nationalen und internationalen Lage in einzelnen Ländern", die eintreten müßten, damit "praktische Möglichkeiten zum friedlichen Übergang gegeben" sein könnten. Das, was damals Zukunft war, ist heute Gegenwart, und diese sieht so aus, daß die Revisionisten die kommunistische Weltbewegung mittlerweile gespalten haben, daß in der Sowjetunion eine "stille" Konterrevolution stattgefunden hat und die russischen Renegaten zu Sozialimperialisten geworden sind, daß die Führer der heutigen "K"PÖ ebenso wie die der anderen revisionistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern und genauso wie die Führer der Zweiten Internationale zur Zeit des Ersten Weltkrieges ins Lager der Bourgeoisie, des Imperialismus übergelaufen sind! Unter diesen Umständen ist an praktische Möglichkeiten eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus auch nicht im Schlaf zu denken.

Die Redaktion

AUS DER ORGANISATION

BOTSCHAFT DES ZK DER KP CHINAS AN DIE VRAÖ(ML)

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas übermittelte uns folgende mündliche Botschaft:

Liebe Genossen!

Anläßlich des 50. Jahrestags der Gründung unserer Partei haben wir Ihre Grußbotschaft erhalten. Ihre Grußbotschaft ist für unsere Partei und unser Volk eine starke Unterstützung und Ermutigung. Wir bringen Ihnen unseren herzlichsten Dank zum Ausdruck.

Wir wünschen Ihnen, bei dem Kampf für die Verbindung des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis des eigenen Landes und beim Kampf gegen den US-Imperialismus und alle seine Lakaien neue Siege zu erringen.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas

Peking, 23. August 1971

SYSTEMATISCHE SCHULUNGSARBEIT IN DER WIENER LANDESGRUPPE DER VRA

Auf Beschluß der Wiener Organisation wird jetzt regelmäßig in zwei Serien die theoretische Schulungsarbeit durchgeführt, und zwar jeden zweiten Donnerstag findet ein Grundschulungsabend statt, auf welchem die wichtigsten philosophischen Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus in engster Verbindung mit der Praxis studiert werden. Dieser Kursus begann mit dem Studium der Schrift von Mao Tsetung "Über die Praxis". Anschließend wird sein Werk "Über den Widerspruch" behandelt. Die nächsten Schulungsabende finden am 23. September, 7. und 21. Oktober statt.

Ferner veranstalten wir jeden zweiten Freitag Diskussionsabende über aktuelle Themen, die gleichfalls zur Vertiefung unseres theoretischen Wissens und zur Hebung unseres ideologischen Niveaus dienen. Nachdem an zwei Abenden über den "50. Jahrestag der Gründung der KP Chinas und die Lehren für die österreichische Arbeiterklasse" diskutiert wurde, lautete das Thema am 17. September: "Unsere Stellung zu den Gewerkschaften".

Nächster Abend: 1. Oktober

Wir sind imstande, das zu erlernen, was wir vorerst nicht wissen. Wir verstehen es nicht nur, die alte Welt zu zerstören, sondern wir werden es auch verstehen, eine neue aufzubauen.

MAO TSETUNG